

**Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden
(zur Begutachtung versendet unter
BMWA-433.001/0035-II/7/2007)**

Stellungnahme der Österreichischen Rektorenkonferenz

21. August 2007

Die Österreichische Rektorenkonferenz weist seit geraumer Zeit immer wieder auf die gravierenden fremdenrechtlichen Probleme hin, mit denen ausländische Forscherinnen und Forscher sowie Studierende in Österreich konfrontiert sind.

Die vorliegende Novelle ist in diesem Zusammenhang als ein Schritt in die richtige Richtung ausdrücklich zu begrüßen.

Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die in Aussicht gestellte Möglichkeit eines Wechsels auf eine Niederlassungsbewilligung nur dann auch wirklich greifen wird, wenn für Lehrende, Forscher/innen sowie deren Familienangehörige auch eine hinreichende Quote an Niederlassungsbewilligungen zur Verfügung steht bzw. diese Gruppe von der Quotenpflicht nach dem NAG ausgenommen wird. Immerhin wurde die Quote für Niederlassungsbewilligungen an Schlüsselkräfte und deren Familienangehörige im Jahr 2006 bundesweit zu fast 93 % ausgeschöpft.

Für die Österreichische Rektorenkonferenz:

Mag. Heribert Wulz
Generalsekretär